

SPORT



in Hessen

<http://www.sport-in-hessen.de>

Sonderbeilage des Landessportbundes Hessen e. V. zur Landtagswahl 2008

12. Januar 2008

Wie stehen die im
Hessischen Landtag
vertretenen Parteien zum
Sport in Hessen ?

**Wahlprüfsteine
zur
Landtagswahl 2008**

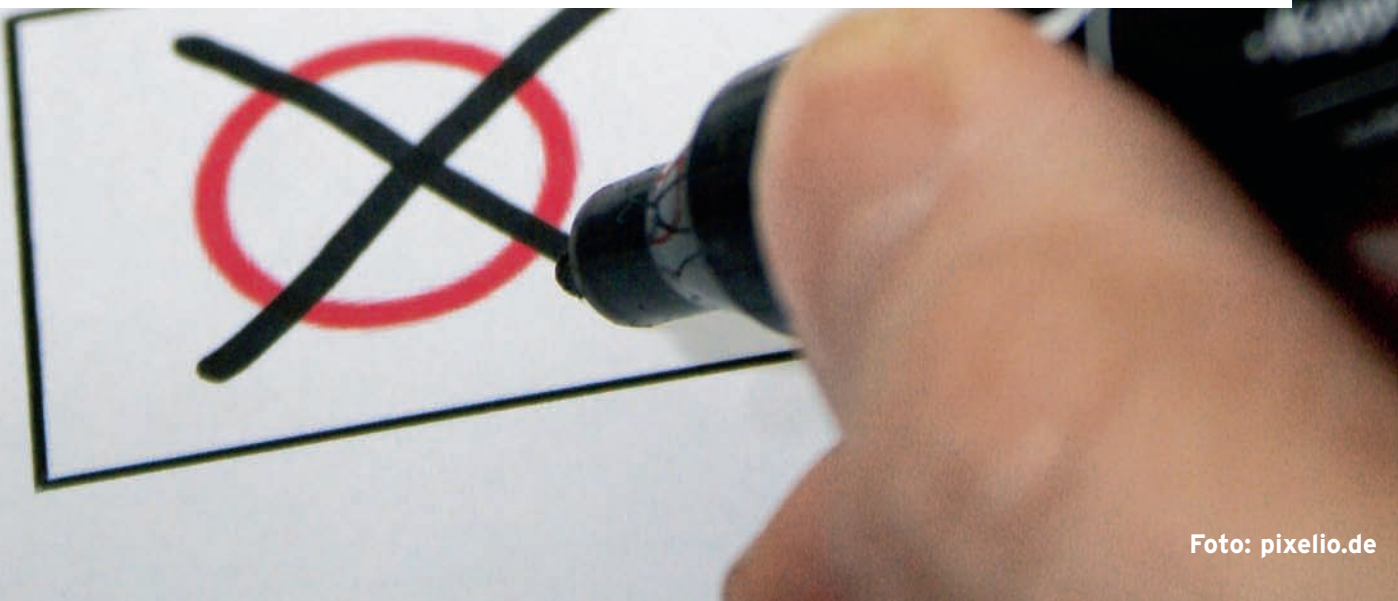


Foto: pixelio.de



Landtagswahl: Der Sport fragt

4,37 Millionen hessische Bürger sind am Sonntag, dem 27. Januar 2008 aufgerufen, über die künftige Zusammensetzung des Hessischen Landtags abzustimmen. Mehr als 1,5 Millionen der Wahlberechtigten gehören einem hessischen Sportverein an. Vor diesem Hintergrund hat der Landessportbund Hessen die vier im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu ihrer Position zum Thema „Sport in Hessen“ befragt. Die Finanzierung des Sportsystems, die Schulentwicklung, die demografische Entwicklung, das Freiwillige Soziale Jahr im Sport sowie die Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz bildeten die Themenkomplexe der „Wahlprüfsteine“. Nachfolgend die Antworten im Wortlaut.

1. Der Landessportbund hat für eine solide Finanzierung der Aufgaben der größten freiwilligen Personenvereinigung in Hessen zu sorgen. Er wird hierzu in den nächsten Jahren intensiv für die Verstärkung seiner eigenen Leistung (durch Einsparungen, Leistungsentgelte und möglicherweise Anhebung der Mitgliedsbeiträge) eintreten. Er fordert aber auch die Sicherstellung der Finanzierung durch die öffentliche Hand. Diese ist derzeit aufgrund einer gesetzlichen Regelung an die Bruttoeinnahmen der Lotterien und Sportwetten geknüpft. Durch den im Hessischen Glücksspielgesetz in 1997 verfügten „Deckel“ erhält er aber statt den ursprünglich vorgesehenen 3,75 % lediglich real nur 3,2 Prozent zugewiesen.

Dazu unsere Fragen:

- Setzen Sie sich für eine sichere Finanzierung des Sports auch in Zukunft ein?
- Treten Sie für eine kurzfristige Aufhebung des „Deckels“ ein?
- Wie beurteilen Sie die entsprechende Formulierung im § 8 des geplanten Hessischen Glücksspielgesetzes?
- Wie kann nach Ihrer Auffassung eine Alternative zur dauerhaften Finanzierung des Sports aus öffentlichen Mitteln aussehen?
- Wie können Sie sich eine dauerhafte Finanzierung der Stiftung Sporthilfe Hessen vorstellen?
- Die Spitzensport- und Leistungssportentwicklung ist von zahlreichen Faktoren und sehr guten Rahmenbedingungen abhängig. Wie stehen Sie zu der Erweiterung der Nachwuchs-Leistungssportförderung durch Erweiterung und Neu-Einrichtung von Sportinternaten sowie der Sicherung von Leistungszentren, Trainingseinrichtungen, Landestrainerprogramm und Olympiastützpunkt Hessen sowie der Sicherung und Verbesserung der sportmedizinischen Betreuung?
- Sind Sie bereit, das von der derzeitigen Landesregierung aufgelegte Sportstätten Sonderprogramm weiterzuführen?



Die CDU hält die Finanzierung der Aufgaben des Landessportbundes als der größten freiwilligen Personenvereinigung für sehr wichtig und will seine Finanzierung weiter sicherstellen.

Zur Finanzierung des Sports und zur Deckelung erlauben wir uns einige Vorbemerkungen:

Die Förderung des Sports in Hessen basiert auf zwei Säulen, den Wettmittelerträgen und den originären Landesmitteln. Insgesamt wurde der Landessportbund im Jahr 2007 mit rund 35,7 Mio Euro gefördert! Davon stammen 19,1 Mio. Euro aus den Wettmittelerträgen und 16,6 Mio Euro aus originären Lan-

desmitteln, mit denen wir ein umfassendes und flächendeckendes Förderprogramm für den Sport in unserem Land realisieren. Die CDU begrüßt die erfolgreiche Arbeit der Landesregierung in der Unterstützung des vereinseigenen Sportstättenbaus, der Unterstützung der Vereine bei der Weiterführung ihrer Arbeit, der Förderung des Jugendsports und beim Kampf gegen das Doping im Sport und anderen wichtigen Maßnahmen.

Die CDU hat sichergestellt, dass die Mittel, die dem Sport zur Verfügung gestellt werden konnten, in einer beispiellosen Kraftanstrengung von 5,7 Mio. Euro im Jahre 1999 auf 16,6 Mio. in 2007 fast verdreifacht wurden!

- Die CDU setzt sich für eine sichere, auf solider Grundlage beruhende, Finanzierung des Sports in Zukunft ein.
- Eine dauerhafte Finanzierung des Sports aus öffentlichen Mitteln kann nur über ergänzende reguläre Haushaltsmittel sichergestellt werden. Eine solche dauerhafte Finanzierung muss im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung des Landessportbundes und im Zusammenhang mit den Eigenanstrengungen des organisierten Sports zur Finanzierung seiner eigenen Einrichtungen gesehen werden. Auch bei einer alternativen Finanzierung des Sports über reguläre Haushaltsmittel wird die Autonomie des organisierten Sports in Hessen unangetastet bleiben.
- Eine dauerhafte Finanzierung der Stiftung Sporthilfe Hessen kann nur gemeinsam mit anderen Partnern aus der Wirtschaft und auch dem Landessportbund garantiert werden. Die CDU begrüßt, dass die jetzige Landesregierung insbesondere bei der Förderung des Leistungssports in den letzten rd. fünf Jahren enorme Anstrengungen unternommen hat. Die Ergebnisse sind weitestgehend anerkannt und werden in der Bundesrepublik als solche wahrgenommen. Auch die schrittweise Einrichtung von Sportinternaten sowie der Aufbau von Leistungszentren und Trainingseinrichtungen sind richtige Schritte gewesen. Das Landestrainerprogramm ist ein essentieller Bestandteil des Leistungssports und soll weiter ausgebaut werden. Dabei bedarf es auch eines soliden und handlungsfähigen Olympiastützpunktes. Die CDU begrüßt, dass sich Hessen wie kaum ein anderes Bundesland bei der sportmedizinischen Betreuung der Athleten engagiert. Die sportmedizinische Betreuung sieht die CDU auch in Zukunft als wichtigen Bestandteil der Leistungssportförderung an.

Der Landtag hat auf Antrag der CDU-Fraktion zudem für den Haushalt 2008 und die Folgejahre ein neues Förderprogramm im Sportstättenbereich beschlossen, das Fördermittel in Höhe von insgesamt 50 Mio. Euro umfasst.



Die hessische SPD wird sich in Zukunft für eine sichere Finanzierung des Sports einsetzen. Mit unserer Zustimmung zum Glücksspielgesetz und damit zur Schaffung der Grundlage für das Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages hat die SPD-Landtagsfraktion dazu beigetragen, dass das Glücksspielmonopol die nächsten vier Jahre fortgesetzt werden kann und damit ein wichtiger Pfeiler der Sportförderung erhalten bleibt.

Aus Sicht der SPD würde eine Öffnung oder Teilliberalisierung des Glücksspielmarktes zu erheblichen finanziellen Ausfällen für die Sportförderung führen. Freiwilliges Sponsoring privater Wettanbieter könnte aus unserer Sicht die wegfallenden Einnahmen nicht annähernd kompensieren. Zudem erscheint es unwahrscheinlich, dass kommerzielle Wettanbieter freiwillig in den Breitensport und in „vermarktungstechnisch unattraktive Sportarten“ investieren würden.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in der Plenarsitzung im Dezember 2007 zur 2. Lesung des Glücksspielgesetzes einen Änderungsantrag eingebracht, um in § 8 eine Anhebung der Höchstbeträge und damit der Deckelung auf 25 v.H. der Differenz zwischen Nominalbetrag und erhaltenem Betrag auf Basis des Ansatzes des Haushaltsplanentwurfes 2008 zu erreichen. Davon hätte auch der Landessportbund profitiert. Leider konnte sich die SPD mit diesem Anliegen im Hessischen Landtag nicht durchsetzen. Diese Anhebung erscheint nach unserer Auffassung zwingend notwendig, da in den zurückliegenden Jahren zusätzliche Aufgaben hinzugekommen und die Personalkosten ebenso wie die Sachkosten erheblich angestiegen sind.

Da der Glücksspielstaatsvertrag auf vier Jahre befristet ist, und der weitere Fortbestand des Glücksspielmonopols nicht gesichert scheint, sollten unverzüglich auf Ebene des Finanz- und Innenressorts Überlegungen angestellt werden, wie rückläufige oder gar wegfallende Lotto-Toto-Mittel kompensiert werden können.

Grundlage zukünftiger Sportförderung muss weiterhin eine ausgewogene Förderung sowohl des Breitensports als auch des Leistungssports sein. Die bestehenden Angebote müssen gesichert und notwendige und sinnvolle Angebotserweiterungen sollten zusätzlich ermöglicht werden. Wenn die vom LSB in Eigenregie zu verteilenden und auch für spezifische Angebote zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Glücksspielmonopol sich in der Zukunft als rückläufig darstellen sollten, wäre aus unserer Sicht eine neue Finanzierungs- und Organisationsstruktur zwischen dem LSB Hessen und dem zuständigen Sportressort der Landesregierung auszuhandeln.

Sportstättenanierungs- und Sportstättensonderprogramme werden auch in Zukunft zur Erhaltung und Erweiterung einer attraktiven Sportinfrastruktur in Städten und Gemeinden erforderlich sein. Förderschwerpunkte sollen dabei multifunktionale und stadt- bzw. regional übergreifende Anlagen bilden.



Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine sichere Finanzierung des Sports sehr wichtig, weil Sport mehr ist als nur körperliche Betätigung. Sport verbindet die Menschen weltweit. Sport spricht alle Sprachen, steht prinzipiell allen Mitmenschen offen und wirkt quasi automatisch integrativ. Sportliche Fairness führt auch im außersportlichen Alltag zu Demokratie, Mitmenschlichkeit und Toleranz. Sport wird auch als Schutzimpfung gegen Gewalt bezeichnet. Es wird trainiert, Verschiedenheit zu akzeptieren, interkulturelle Begegnung werden im und durch Sport ermöglicht.

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Glücksspielgesetz zugestimmt, das die Finanzierung des Sports in Hessen auch zukünftig als nützliche Nebenfolge sichern soll. Das Gesetz entspricht nach unserer Auffassung den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes, das in den Leitlinien aufgezeigt hat, unter welchen Voraussetzungen das existierende Monopol im Glücksspielbereich erhalten werden kann. Diese Leitlinien sind: Bekämpfung der Spiel- und Wertsucht als Gemeinwohlziel, Schutz der Spieler vor betrügerischen Machenschaften seitens der Wettanbieter und vor irreführender Werbung, Vermeidung von Begleit- und Folgekriminalität. Ein Monopol stellt dabei grundsätzlich ein geeignetes Mittel zur Erreichung der legitimen Ziele dar.

Die Deckelung der Zuschüsse ist jetzt in § 8 des neuen Glücksspielgesetzes geregelt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen dem Landessportbund zu, dass die Deckelung inzwischen dazu geführt hat, dass der Landessportbund einen Betrag deutlich unter dem ihm nominal zustehenden Prozentsatz erhält. Vor diesem Hintergrund haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch dem Antrag der SPD-Fraktion für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über staatliche Sportwetten, Zahlenlotterien und Zusatzlotterien in Hessen zugestimmt. Mit diesem Antrag wurde versucht, durch die Anhebung der Höchstbeträge um 25 % der Differenz zwischen Nominalbetrag und erhaltenem Betrag auf Basis des Haushaltsplanentwurfes 2008 zu erhöhen. Denn neben einem niedrigeren Nominalbetrag müssen die Empfänger höhere Ausgaben leisten z.B. durch gestiegene Personalkosten und vermehrte Aufgabenübertragung.

Da der Antrag drohte durch das Ende der Legislaturperiode der Diskontinuität zum Opfer zu fallen, wird das Thema erst in der nächsten Legislaturperiode erneut aufgegriffen werden. Davon abgesehen halten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das jetzige System für funktionsfähig und wollen an ihm festhalten. Lottomittel bedeuten eine nachhaltig gesicherte Finanzierung der Sportförderung auf die fest gebaut werden kann und für den Fall einer sich verschlechternden Haushaltssituation wird der Landessportbund nicht von Haushaltsperren berührt werden.

Die Stiftung Sporthilfe Hessen ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine wichtige Einrichtung, die in vielfältiger Weise Spitzensportler unterstützt. Bis jetzt unterstützen vier Partner die Stiftung finanziell und verhelfen so Athletinnen und Athleten zu einer finanziellen Förderung. Da die Stiftung erst seit ca. fünf Jahren existiert und unter den Geförderten bekannte Sportgrößen sind wird es sicher bei wachsendem Bekanntheitsgrad der Stiftung noch mehr Sponsoren geben, die es sich auf die Fahne schreiben wollen, Spitzensportler zu fördern. Sportförderung muss Breitensport- und Spitzensportförderung beinhalten. Hier gilt es, das jetzige Niveau zu sichern und wo nötig auszubauen.

Viele Sportstätten sind inzwischen in die Jahre gekommen. Gleichzeitig stehen die Vereine vor den gesellschaftlichen Herausforderungen des Sports bezüglich Sicherung und Erweiterung der Sportstätteninfrastruktur, nutzerfreundlichen Gestaltung und Ressourcenschutz. Die Vereine müssen deshalb in die Lage versetzt werden, ihre Sportstätten zu modernisieren und möglicherweise auch zu sanieren. In diesem Punkt waren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Landesregierung einig und haben sie unterstützt. Das Sportstättensonderprogramm muss auf jeden Fall weitergeführt werden.

Daher begrüßen wir auch ausdrücklich die Förderungsmaßnahmen zum Thema nachhaltiger Sportstättenbau. Die Sonderförderung von Klimaschutz und Kosteneinsparmaßnahmen in Sportvereinen leistet einen wichtigen Beitrag und verbindet hervorragend Res-



sourcenschutz und Kostenminderung. Sporthallen als Passivbau und energetische Gebäudesanierung sind hierbei wichtige Bausteine. Das Programm Sport und Umwelt liefert neben dem Aufbau eines Netzwerkes nachhaltiger Sportstättenbau auch noch die Möglichkeit einer Ausbildung zum Klimaschutzberater im Sport. Dies ist zukunftsweisend und zeigt, dass hier ein Markt entstehen kann. Auch Photovoltaikanlagen für Dachflächen von Vereinen - für die die Vereine sogar noch Mieteinnahmen erhalten - sind gute Beispiele, wie sich Klimaschutz lohnen kann.



Die FDP in Hessen hat sich in der Vergangenheit und wird sich auch in Zukunft für die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung des Sportes in Hessen einsetzen.

Diesem Ziel dient - entgegen anderer und damit unwahrer Behauptungen politischer Wettbewerber in Hessen - auch unsere Forderung zur Neuordnung des Sportwettenrechts im Sinne eines Konzessionsmodells. Nur eine verfassungs- und europarechtskonforme Neuordnung des Rechts der Sportwetten bei gleichzeitiger Fortführung des Lottomonopols kann auch in Zukunft die nötigen Finanzmittel zur Finanzierung des Sports garantieren. Daher hat

die FDP-Fraktion den neuen Lotteriestaatsvertrag bzw. das der Umsetzung dienende Hessische Glücksspielgesetz abgelehnt. Diese Lösung, die erheblichen europarechtlichen und auch verfassungsrechtlichen Bedenken ausgesetzt ist, wird aller Voraussicht nach in relativ kurzer Zeit rechtlich in sich zusammenbrechen und somit die Finanzierung des Sports in Hessen erheblich gefährden. Selbst wenn man einmal davon ausgeht, das Konzept würde bestehen, ist schon jetzt ein deutlicher Rückgang der Umsätze aus Sportwetten feststellbar, aber auch die Lottoumsätze werden rückläufig sein.

Echte Freunde des Sports sind für das Konzessionsmodell und gegen das staatliche Sportwettmonopol.

Auch die von den Sozialdemokraten in der letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode vorgelegte Initiative zur Anhebung des Deckelungsbetrages für den Landessportbundes in § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Glücksspielgesetzes von derzeit ca. 19 Mio Euro auf ca. 20 Mio. Euro, hilft hier langfristig überhaupt nicht weiter und ist als reines Wahlkampfmanöver leicht zu durchschauen. Wir haben uns daher gegen diese Initiative ausgesprochen.

Eine kurzfristige Aufhebung der Deckelung wird realistischerweise wohl nicht möglich sein. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass sich der Hessische Landtag bereits im nächsten Jahr darüber wird grundsätzlichere Gedanken machen müssen, zumal die Einnahmen im nächsten Jahr weiter deutlich sinken, vielleicht sogar regelrecht einbrechen werden. Nur durch die Etablierung eines Konzessionsmodells mit der Erhebung entsprechender Konzessionsabgaben kann dauerhaft die Finanzierung des Sports gewährleistet werden. Die FDP Hessen spricht sich ausdrücklich dafür aus, die derzeit vorhandenen Programme zum Sportstättenbau bzw. zur Sportstättenanierung in der kommenden Legislaturperiode weiterzuführen.

2. Die aktuelle Schulentwicklung in Hessen bietet für die Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport Chancen und Risiken zugleich. Die Vereinsentwicklung und insbesondere die zukünftige Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am Angebot der Sportvereine wird nicht unerheblich von einzelnen Bestandteilen dieser Entwicklung beeinflusst werden.

Dazu unsere Fragen:

- Welche Bedeutung hat für Sie die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen?
- Setzen Sie sich für ein offenes und freiwilliges Prinzip beim Ganztagsprogramm hessischer Schulen ein und wie wollen Sie dieses sicherstellen?
- Können Sie sicherstellen, dass jede ganztägig arbeitende Schule mindestens eine „Stelle für den Vereinssport“ (Geld statt Stelle) erhält?
- Setzen Sie sich weiterhin für die Aufrechterhaltung der regulären 3 Sportstunden ein, bzw. wie würden Sie die Forderung nach der 4. Sportstunde beurteilen?
- Wie beurteilen Sie die Gestaltung von Pflichtunterricht und freiwilligem Angebot am Nachmittag und was halten Sie von einer Begrenzung des Schulangebotes verbindlich auf 15.00 Uhr?
- Der Landessportbund setzt sich für eine Entlastung der Kinder in der Sekundarstufe 1 (durch die Beibehaltung von max. 32 Pflichtstunden/Woche, die Entschlackung der Curricula und die Verlagerung der Schulzeitverkürzung in die Oberstufe) ein. Nehmen Sie bitte hierzu Stellung.



Die CDU misst der Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen eine sehr große Bedeutung bei.

Die Bedeutung des Sports liegt in erster Linie darin, dass Menschen durch die Sportausübung einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung der eigenen Gesundheit leisten und die Konzentrations- und Lernfähigkeit gesteigert wird. Die Bedeutung des Sports liegt zudem aber auch darin, kulturelle ethnische, staatsbürgerliche und Generationengrenzen zu überspringen und auf diese Weise einen erheblichen Beitrag zur Integration von Migranten zu leisten.

Die Hessischen Sportvereine erbringen in beiden Bereichen eine hervorragende Arbeit sowohl im Bereich des Kinder- und Jugendsports, als auch im Bereich des Erwachsenensports.

Um die beschriebenen Ziele des Sports wie Gesundheitsförderung und Integration noch besser erreichen zu können und um Kindern und Jugendlichen den Sport im Verein, mit dem auch die Geselligkeit und Freude verbunden ist, noch näher zu bringen, bietet die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen eine hervorragende Gelegenheit.

Im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsangebote sollen auch die Sportvereine sich an der Gestaltung der Nachmittagsangebote beteiligen. Durch intelligente Kooperation von Schulen und Vereinen kann so beiden Einrichtungen gedient und einer zeitlichen und inhaltlichen Überforderung der Schülerinnen und Schüler begegnet werden.



Um die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit der Schulen und der Sportvereine hervorzuheben, wurde durch die Landesregierung mit dem Landessportbund und der Landessportjugend eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, was die CDU sehr begrüßt. In dieser Rahmenvereinbarung wurde festgelegt, dass Schulen und Vereine konkrete Angebote erstellen, die an den Schülerwünschen und den Rahmenbedingungen vor Ort orientieren. Die jeweiligen Maßnahmen finden in der Regel in der Schule statt und werden von qualifizierten Übungsleitern der Vereine durchgeführt.

Die Hessische CDU steht für die Freiwilligkeit der Teilnahme von Schülerinnen und Schülern beim Ganztagsprogramm.

Seit dem Schuljahr 1999/2000 hat Hessen die Zahl der Ganztagsangebote von 130 auf 530 bis zum Schuljahr 2008/2009 erweitert. Immer war die Teilnahme an den Angeboten freiwillig. Erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2015 schrittweise alle Schulen mit Ganztagsangeboten von 7.30 Uhr bis 17 Uhr auszustatten und dabei die Freiwilligkeit des Angebotes zu erhalten.

Eine Sicherstellung, dass jede ganztägig arbeitende Schule mindestens eine Stelle für den Vereinssport in Mitteln erhält ist nicht sachgerecht und auch nicht möglich. Die Schulen richten sich in der Verwendung sowohl der zugewiesenen Stellen als auch in der Verwendung der Stellen, die in Mittel umgewandelt worden sind nach dem schuleigenen pädagogischen Konzept, das ausgehend von den Bedürfnissen der Schülerschaft erstellt wurde. Liegt das Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler also im Bereich des Sports, so kann die Schule die Mittel, die sie statt der Stelle erhält für die Unterstützung von Sportangeboten nutzen. Sieht das pädagogische Konzept dagegen die Unterstützung anderer Bereiche vor, so kann sie die Mittel dort verwenden.

Die CDU begrüßt die derzeitigen Planungen, die laut Stundentafel für die einzelnen Jahrgangsstufen vorgesehenen Sportstunden beizubehalten.

Bei der Einrichtung einer 4. Sportstunde wäre zu berücksichtigen, dass hierdurch die Stundentafel erhöht würde. Es steht den Schulen, die über Ganztagsangebote verfügen, aber frei, weitere Sportangebote bereitzuhalten. Angesichts der Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen vor dem Hintergrund des sich verstärkenden globalen Wettbewerbes sollten, wenn mehr Unterricht gefordert wird, andere Fächer (etwa Fremdsprachen oder naturwissenschaftliche Fächer) gestärkt werden.

Ziel der Hessischen CDU ist es, die Qualität an Hessischen Schulen noch weiter zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, den Schulen noch mehr Eigenverantwortung zu übertragen, als sie traditionell hatten.

Im Zuge dieser Eigenverantwortlichkeit muss es den Schulen auch ermöglicht werden, die Verteilung von Pflichtstunden und freiwilligen Angeboten flexibler zu gestalten. Hierbei sollte aber seitens der Schulleitung beachtet werden, dass die Flexibilisierung von Pflichtunterricht und freiwilligen Angeboten nicht dazu führt, dass die Schule so viel Nachmittagsunterricht anbietet, dass sie als Ganztagschule zu qualifizieren ist und Schüler zum Besuch einer Ganztagschule bewegt werden, obwohl sie oder ihre Familie dies nicht möchten.

Damit steht den Schulen, die sich auf den Weg zu einer Ganztagschule machen, durchaus die Möglichkeit offen, Pflichtstunden und freiwillige Angebote zu kombinieren.

Ziel der Hessischen CDU ist es weiterhin, die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter noch weiter zu verbessern. Dem würde eine verbindliche Begrenzung des Schulangebotes auf 15.00 Uhr aber nicht gerecht werden. Viele wollen oder müssen länger arbeiten, was ihnen bei einem Schulschluss um 15.00 Uhr nicht möglich wäre. Daher strebt die Hessische CDU an, die freiwilligen Ganztagsangebote flächendeckend auszubauen und diese Angebote in der Regel in der Zeit zwischen 07:30 und 17:00 Uhr bereit zu halten.

Derzeit wird viel öffentlich über die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur diskutiert. Die CDU nimmt dabei die Wünsche und Sorgen der Eltern, Lehrer und der Sportvereine sehr ernst. Schon im nächsten Schulhalbjahr werden deutliche Entlastungen zu spüren sein. Die Arbeitsgruppe die aus Vertretern des Landeselternbeirates, Schulleiterinnen und Schulleitern und Vertretern aus dem Hessischen Kultusministerium besteht, hat Verbesserungen erarbeitet, die bereits vor kurzem veröffentlicht worden sind. So soll der Nachmittagsunterricht in den Klassen 5 bis 7 deutlich eingeschränkt werden. Kinder in der 5. und 6. Klasse dürfen nicht mehr als einmal, Kinder in der 7. Klasse nicht mehr als zweimal die Woche nachmittags Pflichtunterricht haben.

Außerdem sind die Schulen aufgefordert worden, die Anzahl der Unterrichtsfächer an einem Tag auf fünf Stunden zu reduzieren, so dass die Anzahl der Hausaufgaben ebenfalls merklich gesenkt wird.

Auch wurden die Schulen noch einmal dazu aufgefordert sicherzustellen, dass die Dauer der Hausaufgaben in den Klassen 5- 8 durchschnittlich nicht mehr als 1 Stunde betragen solle.

Die genannte Arbeitsgruppe ist derzeit dabei, die Lehrpläne für G8 noch einmal zu überprüfen und die Stoffmenge zu reduzieren, ohne aber eine Minderung der Qualität zu erhalten.



Für die SPD wird vor dem Hintergrund des Ausbaus von Ganztagsangeboten eine Kooperation von Schule, Kindertagesstätten und Vereinen immer zwingender. Die augenblickliche und von der derzeitigen Landesregierung verursachte Schulentwicklung belastet nicht nur das gesamte Bildungssystem, sondern führt insbesondere durch das aktuelle G-8-Modell dazu, dass die Kinder und Jugendlichen aufgrund der enormen schulischen und zeitlichen Belastung immer weniger Freiräume und Kapazitäten haben, um sich zusätzlich ehrenamtlich, sportlich oder kulturell engagieren zu können. Diese für die Kinder und auch den organisierten Sport negative Entwicklung gilt es

nach einer für die SPD erfolgreichen Landtagswahl am 27. Januar zu beenden.

Hierfür bietet insbesondere das von der SPD entwickelte „Haus der Bildung“ die besten Voraussetzungen. Da nach Auffassung der SPD mit Ganztagschulen auch ein neues pädagogisches Konzept verbunden ist, halten wir den Ausbau von Ganztagschulen sowohl in offener als auch in gebundener Form für notwendig. Die Entscheidung, ob eine Schule in gebundener Form Ganztagschule wird, oder auf freiwilliger Ebene nur eine Mittagsbetreuung anbietet, sollte von der jeweiligen Schulkonferenz getroffen werden.

Eine generelle Begrenzung des Schulangebotes auf 15:00 Uhr halten wir nicht für sinnvoll. Auch die Dauer des Nachmittagsangebotes sollte von der jeweiligen Schulkonferenz entschieden werden.

Mittel für Ganztagsangebote sollten je nach Prioritätensetzung der einzelnen Schulen auch für Vereinssportangebote an Schulen verwendet werden können.

Die SPD spricht sich auch weiterhin für die Aufrechterhaltung der 3. Sportstunde aus und wird sich nach wie vor dafür einsetzen, dass



diese in der Praxis auch tatsächlich abgehalten wird. Weitere Sportangebote und Angebote zur Bewegungsförderung auch in Zusammenarbeit mit Vereinen sind sinnvoll und begrüßenswert.

Auch hier bietet das von der SPD für die Zukunft entwickelte Bildungskonzept die besten Entwicklungschancen für eine funktionierende Kooperation zwischen Schule und Verein, indem die Bewegungsangebote in der Schule unter Einbindung der Vereine erweitert werden können. Dies macht auch Sport im Verein wieder attraktiv und lässt Kindern ausreichend Freiräume um sich in Vereinen zu engagieren.

Dies ist – auch aus Sicht des organisierten Sports in Hessen – ein zusätzliches Argument für die Abschaffung der aktuellen Schulzeitverkürzung in Form von G8. Wie die Erfahrungen der zurückliegenden Monate gezeigt haben, ist die Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe auf Grund der erheblichen zeitlichen Mehrbelastung sowohl für Kinder und Familien als auch für Vereine sehr schädlich. Eine Nachbesserung ist aus unserer Sicht nicht möglich, da entweder ein erheblicher Qualitätsverlust auftreten würde, oder weiterhin die unverantwortbare zeitliche Mehrbelastung (einschließlich der Hausaufgaben) fortbestünde. In Übereinstimmung mit einer Vielzahl von Experten und Pädagogen sieht das SPD-Konzept stattdessen eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung und das Ermöglichen eines schnelleren „Durchlaufens“ – und damit eine Schulzeitverkürzung – in der Oberstufe als weitaus sinnvollere Alternative.



Sportvereine sind aus Sicht von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unverzichtbare Kooperationspartner von Schulen bei der Umsetzung wichtiger Ziele: Verbesserung der Bewegungssituation von Kindern und Jugendlichen; Gesundheitsförderung; Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund; soziales Lernen und Persönlichkeitsentwicklung. Das Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen. Beim Ermög-

lichen dieser Erfahrungen spielen Sportvereine eine tragende Rolle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen dazu ermutigen, eng mit Sportvereinen zu kooperieren und dazu pädagogische Konzepte zu entwickeln.

Die Initiative, Schule mit pädagogischer Mittagsbetreuung oder Ganztagschule werden zu wollen – sei es in gebundener oder offener Form bzw. in einer Kombination – muss von der Schulgemeinde ausgehen. Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot deutlich ausweiten, umso mehr Zeit zum Lernen, für individuelle Förderung und für eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag zu haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die Ganztagsangebote der Schulen an dem jeweiligen Bedarf vor Ort orientieren können. Dabei ist für uns eine enge und für beide Seiten produktive Zusammenarbeit zwischen den Schulen und ihrem kommunalen Umfeld sowie ein vielfältiges außerschulisches Sport- und Freizeitangebot von besonderer Bedeutung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen am örtlichen Bedarf orientierte, unterschiedliche Kooperationsformen zwischen ganztägig arbeitenden Schulen, Vereinen und anderen Beteiligten aus dem kommunalen Umfeld der Schule ermöglichen. Dabei lassen wir uns von dem Prinzip leiten, dass Schulen selbst am Besten wissen, wo sie ihre Schwerpunkte setzen. Aufgabe der Politik ist es, die Schulen durch eine hinreichende Finanz- und Personalausstattung dabei zu unterstützen und dazu in die Lage zu versetzen.

Derzeit ist zu beklagen, dass an den Schulen in Hessen viele Sportstunden ausfallen, unabhängig davon, was in den Stundentafeln steht. Ursache dafür sind laut Antwort des Kultusministeriums auf unsere diesbezügliche Kleine Anfrage die häufig fehlenden Sportstätten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für wenig sinnvoll, auf dem Papier eine weitere, zusätzliche Sportstunde einzuführen, wenn in der Realität dafür die nötigen Kapazitäten fehlen. Erste Ansatzpunkte sind für uns daher, die derzeitige Stundentafel endlich einzuhalten, die bestmögliche Nutzung der vorhandenen Sportstätten durch die Schulen und ggf. ein punktueller Ausbau der Kapazitäten.

Ganztägige Angebote eröffnen pädagogische Freiräume, um auf die Stärken und Schwächen jeder bzw. jedes Einzelnen besser eingehen zu können. In ihnen können kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden. Mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung und Kooperation der Lehrkräfte untereinander, eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendhilfe sowie die verstärkte Öffnung zum schulischen Umfeld und zu Vereinen sind möglich. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, leistungsschwächere Schüler, aber auch besonders Begabte profitieren von den Möglichkeiten der Ganztagschulen. Durch zusätzliche Förderangebote, Hausaufgabenbetreuung und Arbeitsgemeinschaften werden Defizite ab- und Stärken ausgebaut.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Schulen keine zeitlichen Vorgaben machen, sondern es ihnen überlassen, wie sie ihr am örtlichen Bedarf orientiertes pädagogisches Konzept gestalten und ob sie auch freiwillige oder verpflichtende Nachmittagsangebote – über 15 Uhr hinaus – machen. Allerdings sollten alle ganztägig arbeitenden Schulen bereits im Rahmen der Konzeptentwicklung die Möglichkeiten und Grenzen externer Kooperationspartner, u.a. von Sportvereinen, gezielt mitberücksichtigen und diese schon im Vorfeld einbinden.

Immer mehr Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer leiden unter der verkürzten Schulzeit zum Abitur (G8), wie sie in Hessen von Kultusministerin Karin Wolff und Ministerpräsident Roland Koch eingeführt wurde. Die Gymnasien und kooperativen Gesamtschulen sind zu Zwangsganztagschulen ohne Mittagessen geworden. Das schadet dem gymnasialen Bildungsgang, insbesondere schadet es aber auch den Schülerinnen und Schülern. Der G8-Stress und die Belastungen reichen bis weit in das Familienleben hinein. Das Engagement in Vereinen, kreative Aktivitäten, Sport und freie Zeit mit der Familie oder Freundinnen und Freunden – sprich: vieles, was eine glückliche und lebendige Kindheit und Jugend ausmacht – bleibt auf der Strecke. Dennoch will die Landesregierung keine substantziellen Veränderungen am G8 vornehmen. Das G8, wie es in Hessen eingeführt wurde, ist ein unverantwortlicher Feldversuch an einer ganzen Schülergeneration. Unter www.g8-aktion.de haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher eine Unterschriftenaktion gegen Wolffs und Kochs G8 gestartet. Das G8 darf nicht so bleiben, wie es ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Verkürzung der Gymnasialzeit von 9 auf 8 Jahre (G8) intelligent verändern. Statt den Stoff nur in der Mittelstufe zu verdichten, wollen wir dem Beispiel anderer folgen und die Lerninhalte sinnvoller über die gesamte Schulzeit verteilen. Wir werden die Lehrpläne umgehend entschlacken und die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse sieben beginnen lassen, um die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wieder herzustellen. Zusätzlich wird nach unserem Konzept für eine „Neue Schule“ nach finnischem Vorbild auch weiter das G9 angeboten, so wie es heute bereits an den Integrierten Gesamtschulen der Fall ist. Dadurch erhalten Eltern auch in diesem Punkt echte Wahlfreiheit.



Für die FDP kommt der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen zukünftig eine besondere Verantwortung zu. Dies ergibt sich insbesondere aus dem zunehmenden Ausbau von Ganztagsangeboten und -schulen, wobei in Kooperation mit Sportvereinen insbesondere der Sportunterricht bzw. zusätzliche Sportangebote angeboten werden können. Kooperationen von Schulen mit Sportvereinen sind aus unserer Sicht daher sehr sinnvoll und zu unterstützen.

Die FDP setzt sich ferner für Schulen mit dem Schwerpunkt Sport (Schulsportzentren) ein, denn diese sind ein wichtiger Bestandteil der Schul- und Sportlandschaft in Hessen. Die FDP setzt sich für einen bedarfsgerechten Ausbau sowie für die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel ein. Wir setzen auf individuelle Ganztagsmodelle im Sinne der eigenverantwortlichen Schule. Dabei sollen bei der Ausgestaltung Vereine, insbesondere auch Sportvereine einbezogen werden. Von einer Begrenzung des Schulangebotes verbindlich auf 15.00 Uhr halten wir wenig, die Organisation und damit auch die zeitliche Staffelung des Angebotes sollte vor Ort eigenverantwortlich von den Beteiligten entschieden werden.

Da noch immer in Hessen häufig die dritte Sportstunde ausfällt und der Sportunterricht häufig fachfremd erteilt wird, setzen wir uns für ein möglichst gutes und durchgängiges Sportangebot in der Schule ein. Die dritte Sportstunde muss so schnell wie möglich hessenweit gewährleistet werden. Für Grundschulen mit dem Zertifikat „Bewegungsfördernde Schule“, an denen die Schulträger die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen bereitstellen, soll das Land Hessen über die staatlichen Schulämter die personellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass mindestens eine tägliche Sportstunde erteilt werden kann. Soweit dies räumlich und personell möglich ist, sollte auch eine vierte Sportstunde gehalten werden. Darüber hinaus sind zusätzliche Sportangebote zu begrüßen. Die FDP hält an der Schulzeitverkürzung in Gymnasien fest, allerdings bedarf es einer besseren Ausgestaltung. Dazu zählen eine Verschlankung der Lehrpläne und mehr Freiheit bei der Gestaltung der Unterrichtsinhalte. Die FDP hält daran fest, dass in der bisher dreijährigen gymnasialen Oberstufe ebenso wie in Teilen der Sekundarstufe I Strafmöglichkeiten bestehen. Die Schulzeitverkürzung muss so ausgestaltet werden, dass Schülerinnen und Schüler noch ausreichend Zeit haben für eine sinnvolle Freizeitgestaltung.

3. Der Landessportbund wird sich weiterhin - der demografischen Entwicklung folgend - dafür einsetzen, dass seine Vereine zukunftsfähig bleiben. U.a. gilt es, Sport in den Bereichen von Prävention, Gesundheit und regionalen Netzwerken so wie dessen Professionalisierung voran zu treiben.

Dazu unsere Fragen:

- Wie können Sie den Aufbau von regionalen Netzwerken unterstützen?
- In welcher Form werden Sie sich für Bereitstellung und ggf. Ausbau von kommunalen und vereinseigenen Anlagen auch unter dem Aspekt Gesundheit einsetzen?
- Werden Sie sich für die Berücksichtigung des Vereinssports im geplanten Präventionsgesetz einsetzen und wie können Sie dessen Umsetzung unterstützen?
- Wie stellen Sie sich eine Unterstützung der Vereine beim Bemühen um familienfreundliche Angebote vor?
- Wie werden Sie bürgerschaftliches Engagement im Sport unterstützen und durch geeignete Entlastung fördern?
- Wie stellen Sie sich eine Unterstützung der Regionen, Landkreise und Kommunen im Rahmen mittel- und langfristiger Sportentwicklungsplanung vor?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Herausforderungen - gemeinsam mit dem Landessportbund - in den Bereichen von Demographie, Integration und Gewaltprävention zu bewältigen?
- Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, Bildung und Personalentwicklung im Sport mit Partnern strategisch zu positionieren?



Die CDU hält die Zukunftsfähigkeit des Sports in Hessen für eine entscheidende Frage, die entscheidend von der demografischen Entwicklung und entsprechenden Antworten auf deren Folgen abhängen wird. Dabei geht es nicht nur um Prävention, Gesundheit oder regionale Netzwerke, sondern der demografische Faktor betrifft den Sport insgesamt. Die große Bedeutung, die der demografischen Entwicklung beizumessen ist, wird u. a. durch die von der CDU-geführten Landesregierung gebildete Enquete Kommission deutlich gemacht, aber auch dadurch, dass Hessen im Rahmen der Sportministerkonferenz die Federführung für den demografischen Wandel innehat.

- Der Aufbau regionaler Netzwerke ist Alltagsarbeit, die vom Sport vor Ort betrieben werden muss. Dabei kommt es vor allem darauf an, Schulen, jugendfördernde Einrichtungen, aber auch Kirchen und andere Institutionen, systematisch mit einzubeziehen. Die Bereitstellung und der Ausbau kommunaler und vereinseigener Anlagen ist wesentlicher Bestandteil der Rahmenbedingungen der sporttreibenden Bevölkerung in Hessen. Daher sind in den letzten Jahren immense Anstrengungen unternommen worden, diese Rahmenbedingungen zu verbessern.

- Die CDU wird sich für die Aufnahme des Sports im Präventionsgesetz einsetzen und die entsprechende Umsetzung auf nationaler aber auch Länderebene befürworten.

- Eine Unterstützung der Vereine beim Bemühen um familienfreundliche Angebote sollte gemeinsam mit anderen Partnern aus dem sozialen Bereich, dem schulischen Bereich, aber auch dem Hochschulbereich gezielt gefördert werden. Das gilt für den Ausbau der Angebote für Heranwachsende und für Kinder.

- Die CDU ist sich bewusst, dass das bürgerschaftliche Engagement ein zentrales Element darstellt. Daher ist es notwendig, durch geeignete Maßnahmen entlastende Schritte zu machen.



Dies kann z. B. durch die Bereitstellung und Förderung beim Einsatz hauptamtlichen Personals (wie dies mit „Erfahrung hat Zukunft“ geschehen ist) in verstärkter Form geschehen, aber auch bei der Förderung von Pilotprojekten im Rahmen der Weiterbildung und Fortbildung von Übungsleitern oder auch der Rekrutierung von Personal für den Sport generell.

- Die wesentliche Unterstützung der Regionen, Landkreise und Kommunen sehen wir in der Verabschiedung von Eckpunkten für eine langfristige Sportentwicklungsplanung. Diese Eckpunkte sollen im Jahr 2008 vorgelegt werden.
- Die Herausforderung im Bereich Demographie, Integration und Gewaltprävention sollen durch konkrete Projekte - wie dies in der Vergangenheit sich bereits bewährt hat - auch in Zukunft gefördert werden.
- Bildung und vor allem Personalentwicklung werden für die Zukunftsfähigkeit des Sports eine entscheidende Bedeutung haben. Die Möglichkeiten des Landes liegen vor allem darin, die Bildungsangebote für einzelne Zielgruppen weiter zu entwickeln, aber auch im Ausbildungsbereich, insbesondere für Jugendliche oder für Menschen mit Migrationshintergrund Projekte in angemessener Form anzubieten.
- Auch für eine adäquate Einschätzung des Bereichs Integration durch Sport ist wesentlich, dass Hessen die Federführung in diesem Schwerpunkt übernommen hat. Die CDU begrüßt, dass das Land Hessen entscheidend an der Formulierung des Integrationsplanes der Bundesregierung vom Juni 2007 mitgewirkt hat. Es geht jetzt darum, entsprechende Kooperationen mit dem organisierten Sport und weiteren Partnern auch praktisch umzusetzen.



Die SPD in Hessen begrüßt ausdrücklich, dass sich auch der organisierte Sport dem Thema der demografischen Entwicklung annimmt. Weil die künftige Bevölkerungsentwicklung für alle gesellschaftspolitischen Bereiche von herausgehobener Bedeutung ist, hat die SPD-Landtagsfraktion bereits im Mai 2005 die Einsetzung einer Enquete-kommission „Die Zukunft des Landes Hessen“ im Hessischen Landtag initiiert.

Vor diesem Hintergrund sehen sich Land und Kommunen vor neue Aufgaben gestellt, die gemeinsam mit den Vereinen zu bewältigen sind. Die wachsende Zahl aktiver Seniorinnen und Senioren einerseits und die rückläufigen Zahlen von Kindern und Jugendlichen andererseits stellen neue Herausforderungen an die Vereine bezüglich ihrer Angebotsstrukturen dar.

Im Übrigen wurde der gesundheitspolitische Aspekt des Sports stets von der SPD herausgestellt und gewürdigt. Wir sind und waren der Auffassung, dass sich ein attraktives und leistungsfähiges Sportangebot sowohl an den Interessen von Älteren als auch Jüngeren orientieren muss. Die Notwendigkeit einer besonderen Gewichtung von Sportangeboten auch für Kleinkinder wurde erst unlängst wieder im Rahmen einer Untersuchung bezüglich des Gesundheitszustandes von einzuschulenden Kindern bestätigt.

Zudem ist ein vielfältiges Angebot des Sports ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität in Hessens Städten, Gemeinden und Kreisen. Der Sport bildet ein wichtiges Element für den inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens, weil insbesondere in Vereinen sowie bei sportlicher Betätigung wichtige gesellschaftliche Interaktion und sozialer Ausgleich stattfindet.

Neben dieser sozialpolitischen Querschnittsfunktion des Sports hat der Sport inzwischen auch als so genannter weicher Standortfaktor aus wirtschaftspolitischer Sicht an Bedeutung gewonnen. Ein wohnortnahe Sportinfrastruktur und ein attraktives Angebot an Sportarten ist oft ein wichtiger Punkt für die Ansiedlung junger Familien.

Eine SPD-geführte Landesregierung sähe sich als wichtiger Partner des Sports und würde sich auch weiterhin verpflichten, die Sportförderung auf eine verlässliche Grundlage stellen. Dies gilt insbesondere für die Sportstätteninfrastruktur und die Unterstützung von Sportangeboten für Kinder, Jugendliche und sozial Benachteiligte.

Kinder benötigen von klein auf grundlegende Angebote zum Erwerb motorischer und damit zugleich sozialer Kompetenzen. Beim Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen werden wir daher sicherstellen, dass für alle Altersstufen auch der Bedarf an gut ausgebildetem Personal für Bewegungsschulung abgedeckt wird. Hier werden gemeinsame Anstrengungen mit den Kommunen erforderlich sein.

Zudem muss die sportliche Infrastruktur in den Städten, Gemeinden und Regionen an all diesen Bedürfnissen ausgerichtet werden.

Auch hier wird sich die SPD in Regierungsverantwortung gegenüber den Vereinen und den Kommunen als verlässlicher Partner bei der Bereitstellung der notwendigen Sportstätteninfrastruktur erweisen.

Hierzu gehört auch die Überzeugung, dass Sport einen wichtigen Beitrag bei der Identifikation mit unserem Bundesland leisten kann und dass Sport unsere Städte und Regionen bei deren Profilbildung sowie Marketingbemühungen aktiv zu unterstützen vermag.

Damit dies gelingt, werden wir z.B. auch die Initiative ergreifen und Sportverbände dabei unterstützen große nationale und auch internationale Wettkämpfe nach Hessen zu holen.

Im Übrigen spielt der Sport auch eine herausgehobene Rolle im kriminalpräventiven Bereich. Während durch massive finanzielle Kürzungen im Sozialwesen durch die von der Landesregierung vorangebrachte Operation „düstere Zukunft“ vielfach Jugend-, Familien- und Sozialprojekten die finanzielle Existenzgrundlage entzogen worden ist, ist es dankenswerter Weise gelungen, den Sport vor diesem Kahlschlag zu bewahren.

Wir werden daher nach einer Übernahme der Regierungsverantwortung wieder dazu beitragen, dass Projekte in der Jugend- und Sozialarbeit, die dazu geeignet sind, zu verhindern, dass z.B. Jugendliche in der Gesellschaft allein gelassen und von ihr ausgeschlossen fühlen, wieder ausreichend unterstützt werden. Anders als die jetzige Landesregierung, die nach neuesten Verlautbarungen auf Abschreckung und Repression zu setzen scheint, sind wir der Auffassung, dass sinnvolle Investitionen in den sozialen und präventiven Bereich gesellschaftspolitisch und gesamtwirtschaftlich betrachtet der bessere Weg sind, um die Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Bezüglich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kommt gerade auch dem Sport eine herausgehobene Rolle zu, die er sehr verantwortlich in den letzten Jahren bereits wahrgenommen hat. In dieser Funktion spricht sich die SPD dafür aus, den organisierten Sport auch in Zukunft zu unterstützen.

Dies gilt nicht nur für die klassischen Angebote von Vereinen in den einzelnen Disziplinen und in der Jugendarbeit, sondern darüber hinaus auch für die erfolgreichen Programme der Sportverbände (wie z.B. der Sportjugend). Dies gilt aber auch für eine Einbindung des Sports in Präventionsgremien auf kommunaler und Landesebene sowie im Rahmen der Erarbeitung von Gesetzesinitiativen (wie



z.B. dem Jugendstrafvollzugsgesetz).

All dies kann natürlich nur gelingen, wenn neben der materiellen Unterstützung des Sports durch die Politik auch die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement in Hessen stimmen. Eine SPD- geführte Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement als Ausdruck demokratischer Teilhabe nicht nur erhalten, sondern entscheidend fortentwickeln.

Entsprechende Prozesse konnten bereits auf Bundesebene unter Begleitung der hessischen SPD angegangen und umgesetzt werden. So z.B. bei der Vereinheitlichung und Erhöhung der Spendenabzugsfähigkeit auf 20 Prozent. Damit wurde eine langjährige Forderung der SPD aus der Enquete Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ ebenso umgesetzt, wie durch die Anhebung der Steuerfreigrenze von 30.678 Euro auf 35.000 Euro für die wirtschaftliche Betätigung von Vereinen. Das Gleiche gilt für die Übungsleiterpauschale, deren Steuer- und Abgabefreiheit von jährlich 1.848 Euro auf 2.100 Euro erhöht werden konnte. Allein mit diesen verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen konnte die SPD die soziale und integrative Arbeit in den Vereinen nachhaltig unterstützen. Diesen Weg wollen wir auch nach dem 27. Januar fortsetzen.



Der demografische Wandel hat auch Auswirkungen auf die Verbandsarbeit der Sportvereine. Die wachsende Gruppe der Seniorinnen und Senioren erwartet neue Programme und Organisationsformen und die Zukunft der Vereine wird davon abhängen, ob sie mit interessanten Angeboten und Themenfeldern ihre Attraktivität für die Älteren behalten ohne dabei die 20- bis 40-jährigen Sportler aus den Augen zu verlieren. Sportvereine, die sich nicht aktiv mit dem Wandel auseinandersetzen, werden Mitglieder verlieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Meinung, dass sich zukünftig die Sportstätten an alle Generationen wenden müssen. Im Idealfall sollte eine Familie von den Enkelkindern bis zu den Großeltern eine Sportstätte nutzen und genießen können. Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein, dass weiterhin kommunale Sportförderung stattfindet und Sportstätten, geöffnet für alle Sportsuchenden, kostenfrei angeboten werden.

Insbesondere in Nordhessen werden sich die Angebote der Vereine verstärkt auf die Zielgruppe der Älteren ausrichten müssen. Durch die sich verringernde Zahl von jungen Menschen werden lokalen Sportvereine Spielergemeinschaften und/oder Fusionen eingehen müssen. Es wird Aufgabe des Landessportbundes sein, bei den Sportvereinen dafür zu werben, dass diese Veränderungen eine positive Gestaltungschance beinhaltet.

Da aufgrund des demografischen Wandels der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund steigen wird, unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Öffnung von Sportvereinen.

Integrationsarbeit wird in vielen Vereinen bereits heute erfolgreich betrieben. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein ist gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien eine Chance, gemeinsam mit Anderen Kompetenzen zu erwerben, die sich positiv auf ihre Lebenssituation auswirken. Damit Sportvereine auch für Kinder und Jugendliche attraktiv bleiben, sollte die Kooperation mit Kindertagesstätten und Grundschulen intensiviert werden.

Es gibt bereits einige gute Erfahrungen in der Kooperation von Sportvereinen mit Gesundheitsfachverbänden und -berufen. Diese Kooperationen und Netzwerke sollten ausgebaut werden, auch um den Präventionsgedanken zu stärken.



Wie bereits erwähnt, setzen wir uns für die Fortführung der Programme zum Sportstättenbau bzw. zur Sportstättenanierung ein. Ferner ist es grundsätzlich denkbar, durch Beratungsleistungen und gewisse Anschubfinanzierungen den Aufbau regionaler Netzwerke zu unterstützen. Ob es unter Gesundheits- und Präventionsaspekten eines eigenen Präventionsgesetzes bedarf, sehen wir eher kritisch. Wichtig sind weniger wohlfeil formulierte Gesetze als entsprechende Konzepte, die dann auch in der Praxis umgesetzt werden.

Uns ist durchaus bewusst, dass die Vereine in Zukunft verstärkt auf die finanzielle Unterstützung des Landes angewiesen sein werden. Hierfür wollen wir uns einsetzen. Gleiches gilt für die Unterstützung jeglichen ehrenamtlichen Engagements, vor allem auch im Bereich des Sports. Ob es neben den aktuell erreichten steuerrechtlichen Verbesserungen sowie den bereits vorhandenen hessischen Aktivitäten zur Unterstützung des Ehrenamtes noch weiterer Initiativen bedarf, werden wir ergebnisoffen prüfen.



4. Das „freiwillige soziale Jahr“ (FSJ) im Sport ist ein Erfolgsprojekt. Die Sportjugend Hessen kann - wegen erheblichen finanziellen Problemen - nicht in gleichem Maße neue Einsatzstellen schaffen wie das Interesse bei jungen Menschen steigt. Gleichzeitig ist der Bedarf bei Sportvereinen sehr hoch und wächst weiter.

Dazu unsere Fragen:

- Wie stehen Sie zu der Forderung, die finanzielle Situation des FSJ im Sport wesentlich zu verbessern und was halten Sie von dem Vorschlag eines Freiwilligenförderungsgesetzes? Sehen Sie weitere oder andere Möglichkeiten, das FSJ stärker zu unterstützen?
- Die Überlassung von Freiwilligen durch den Träger an die Einsatzstelle stellt nach Auffassung von Bundes- und Landesfinanzministerien einen „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ dar. Wir sind der Ansicht, dass es sich dabei um ein Orientierungs- und Bildungsjahr handelt. Wird sich Ihre Fraktion für eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes aussprechen und welche Ideen bestehen, die befürchtete Rückforderung der Umsatzsteuer vergangener Jahre abzuwenden?



Derzeit werden ausgiebige Beratungen geführt, die die finanzielle Situation des FSJ im Sport und den Bedarf für Freiwilligenförderungsgesetz betreffen. In diese Beratungen werden wir uns weiterhin aktiv einbringen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren jährlich ca. 150.000 Euro für Betreuung- und Bildungsmaßnahmen der unter 18-Jährigen im Freiwilligen Sozialen Jahr zur Verfügung gestellt. Dieses Engagement wollen wir auch in diesem Jahr unverändert fortführen. Unser Ziel ist es

darüber hinaus, die Plätze für Bewerber für ein freiwilliges soziales Jahr weiter auszubauen.

Wie von Ihnen richtig dargestellt, besteht derzeit eine nicht abgeschlossene Diskussion über die umsatzsteuerrechtliche Einordnung des Freiwilligen Sozialen Jahres. Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr in jedem Fall von der Umsatzsteuer befreit bleiben bzw. befreit werden. Falls die Bundes- und Länderminister für Finanzen und Soziales einheitlich zu dem Ergebnis kommen, dass das FSJ eine Bildungsmaßnahme darstellt, ist eine gesetzliche Änderung nicht erforderlich. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für eine entsprechende gesetzgeberische Klarstellung einsetzen. Ein entsprechender Antrag im Hessischen Landtag, der die Bundesregierung auffordert für die Umsatzsteuerfreiheit des Freiwilligen Sozialen Jahres Sorge zu tragen, wurde mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen.



Im Rahmen des dauerhaften Dialogs zwischen dem Sport und der SPD wissen wir seit langem um die erfolgreiche Arbeit der Sportjugend in Hessen - insbesondere im Bereich des „freiwilligen sozialen Jahrs“. Dies unterstützen wir ausdrücklich. In diesem Zusammenhang teilen wir die Auffassung, dass steuerlich-gesetzliche Hürden, die einem breit gefächerten Einsatz von Freiwilligen im Rahmen des FSJ durch anerkannte Träger entgegenstehen, abzubauen sind. Eine solche rein fiskalische Betrachtung übersieht den gesamtgesellschaftlichen Nutzen, den der Einsatz im Rahmen des FSJ für uns alle bringt.

Nach einer Übernahme der Regierungsverantwortung werden wir daher gemeinsam mit der Bundesregierung und im Dialog mit den betroffenen Trägern des FSJ nach neuen Erweiterungs- und Finanzierungsansätzen suchen.



Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist bürgerschaftliches Engagement aller Generationen ein unverzichtbares Grundelement einer aktiven und demokratischen Gesellschaft. Wir wollen die Bereitschaft zum Ehrenamt durch ein Gesetz fördern, in dem u. a. die Vielzahl bestehender gesetzlicher Regelungen zusammengefasst, Anforderungsprofile, Haftungs- und Versicherungsfragen etc. geklärt werden.

Die Freiwilligendienste, die eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements für Jugendliche darstellen, wollen wir stärker als bisher fördern. Das könnte z.B. durch eine Stiftung geschehen, die die

Idee dieser freiwilligen gesellschaftlichen Arbeit in der Öffentlichkeit vertritt und die übergreifenden Aufgaben koordiniert. Das Interesse von jungen Menschen übertrifft das bestehende Angebot an Plätzen in den Freiwilligen Jahren. Deshalb wollen wir generell die bestehenden Kapazitäten durch zusätzliche Freiwilligenplätze erhöhen, neue Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsprofile vorantreiben und ein differenziertes Bonussystem für dieses Engagement entwickeln. Wir unterstützen im übrigen die Forderung der GRÜNEN Bundestagsfraktion nach einem Gesetz, das die Jugendfreiwilligendienste inhaltlich, organisatorisch und finanziell neu regelt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Umsatzsteuerpflicht für die Durchführungsträger der freiwilligen sozialen Dienste für falsch. Freiwilligendienste für junge Menschen haben eine wichtige Funktion, sie sind eine zeitgemäße und effektive Form bürgerschaftlichen Engagements und können individuell als Zeitraum der biographischen Orientierung sowie des persönlichen und sozialen Lernens für junge Menschen betrachtet werden. Schon jetzt kann vielfach wegen fehlender Finanzierungsmöglichkeiten der Nachfrage nach Freiwilligenplätzen nicht nachgekommen werden.



Die FDP begrüßt ausdrücklich die Möglichkeit, das freiwillige soziale Jahr im Sport absolvieren zu können. Die Problematik der Schaffung geeigneter Einsatzstellen ist uns durchaus bewusst, jedoch sehen wir den Vorschlag eines eigenen Freiwilligenförderungsgesetzes - wie bereits zum Präventionsgesetz ausgeführt - eher kritisch. Sinnvoll und unterstützenswert ist aus unserer Sicht eine verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen Träger, ggf. auch mit einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung. Ob eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes sinnvoll und notwendig ist, werden wir ergebnisoffen prüfen.



5. Der Sport in Hessen wurde in den vergangenen Jahren gesetzlich als Staatsziel verankert durch die Aufnahme in die Hessische Landesverfassung sowie in die Kommunalverfassungen.

Dazu unsere Frage:

- Halten Sie eine entsprechende Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland für folgerichtig, notwendig und sinnvoll?



Bekanntlich hat die CDU die normative Aufwertung des Sports auf kommunaler und Landesebene entscheidend vorangetrieben.

Sie hat die Position der Landesregierung in der Sportministerkonferenz unterstützt, wonach Sport als Staatsziel bei einer Erweiterung der Staatsziele in das Grundgesetz aufgenommen werden muss. In diesem Sinne begrüßt die CDU die Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz.



Die SPD in Hessen hat die bereits vollzogene Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Hessische Verfassung nachdrücklich unterstützt.

Damit ist die verfassungsrechtliche Verankerung und Anerkennung des Sports in Hessen bereits Verfassungswirklichkeit. Einer hierüber hinausgehenden und zusätzlichen Änderung des Grundgesetzes bedarf es daher nicht. Allerdings würde sich die SPD einer solchen Diskussion, sofern sie angestoßen und ernsthaft geführt würde, nicht verschließen.



Der entscheidende Teil zum Thema Sportförderung liegt im Zuständigkeitsbereich der Kommunen und der Länder, die hier in ganz besonderer Weise gefragt sind. In der Hessischen Verfassung ist wie in 15 von 16 Bundesländern der Sport als Staatsziel verankert. Außerdem ist in der Hessischen Gemeindeordnung die Bereitstellung von sportlichen Einrichtungen als Aufgabe der Gemeinden festgeschrieben. Folglich besteht auf Landesebene kein Regelungsbedarf. Auf Bundesebene wird beispielsweise auch vom Deutschen Olympischen Sportbund gefordert, den Sport als Staatsziel in das Grundgesetz aufzu-

nehmen.

Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestehen auf Bundesebene unterschiedliche Auffassungen über diese Frage. Aus sportpolitischer Sicht wird die Aufnahme in das Grundgesetz begrüßt, da Sport ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft sei und mit einer grundgesetzlichen Vorschrift die rechtstatsächliche Bedeutung des Sportes in der Bundesrepublik im wirtschaftlichen, soziologischen und politischen Sinn anerkannt werde. Sport leiste einen unverzichtbaren Dienst an der Gemeinschaft und festige bei der Integration, der gesundheitlichen Prävention, dem ehrenamtlichen Engagement und bei der Vermittlung von Werten die Grundlagen einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft.

Rechtspolitisch wird die Aufnahme des Sports als Staatsziel des Grundgesetzes allerdings kritisch gesehen. Hiernach handele es sich beim Sport um eine gesellschaftliche Aktivität, die vom Staat zwar maßgeblich gefördert werde, deren Verstaatlichung auf der anderen Seite aber keineswegs gewünscht sei. Außerdem werde kein Problem, das sich im Moment im Verhältnis zwischen Staat und sportlichen Organisationen stelle, durch eine Verfassungsvorschrift gelöst. Diese Probleme lägen auf konkreter Ebene und blieben von einer Grundgesetzänderung unberührt.

Die Aufnahme hätte damit nur symbolischen Charakter, denn ein individueller Anspruch auf sportbezogene Staatsleistungen werde durch ein Staatsziel ebenso wenig gegeben wie eine institutionelle Bestandgarantie beispielsweise für eine bestimmte Sportstätte. Außerdem würde die Aufnahme des Sports eine gewisse Trivialisierung der Gehalte des Grundgesetzes zur Folge haben, in dem auch viele andere gesellschaftlich anerkannte Aktivitäten nicht als Staatsziel festgeschrieben seien.



Wir halten die Aufnahme des Sportes als Staatsziel in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland für notwendig und sinnvoll und setzen uns deshalb hierfür ein.

27. Januar 2008:

**WAHLEN
ZUM
HESSISCHEN
LANDTAG**

